



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Leo Dautzenberg

MdL

Vorsitzender
des Haushalts- und Finanzausschusses

An die
Mitglieder
des Haushalts- und Finanzausschusses

Betr.: Nachtragshaushaltsgesetz 1990
- Drucksache 11/164

Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU-Fraktion hat mir Anträge zum Nachtragshaushaltsgesetz 1990 zugeleitet, die anlässlich der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß gestellt werden sollen.

Diese Anträge - zur Unterscheidung auf farbigem Papier gedruckt - übersende ich hiermit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

gez. Leo Dautzenberg

F. d. R.

Ausschußassistent

4000 Düsseldorf, den 11. Sept. 1990
Platz des Landtags 1, Postfach 11 43
Tel. (02 11) 88 40 Durchw. 8 84- 2336



Änderungsantrag Nr. 1

der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/164

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
Nachtragshaushaltsgesetz 1990

In den betroffenen Einzelplänen werden die zusätzlichen Planstellen und Stellen, Sachmittel sowie Verpflichtungsermächtigungen, die aus Anlaß der Neuorganisation der Landesregierung ausgebracht worden sind, gestrichen.

Begründung

Für die Neuorganisation der Landesregierung sind in den verschiedenen Kapiteln für die Ministerien des Landes zusätzlich 138 Planstellen und Stellen, Sachmittel in Höhe von 3,7 Mio DM und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,6 Mio DM ausgebracht.

Diese Ausweitung des Stellenplans und die damit verbundenen zusätzlichen Sachkosten entsprechen angesichts der hohen Verschuldung des Landes nicht der gebotenen Sparsamkeit der Verwaltung. Die Ausweitung ist daher rückgängig zu machen. Die Aufgabenerledigung kann durch Umsetzungen realisiert werden.

Änderungsantrag Nr. 2

der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/164

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
Nachtragshaushaltsgesetz 1990

Im Einzelplan 05 - Kultusministerium - werden bei Kapitel 05 390 - Öffentliche Sonderschulen - Titel 422 10 - zusätzlich 138 Planstellen der Bes.Gr. A 13 (Sonderschullehrer) ausgebracht sowie der Mittelansatz um 2,8 Mio DM erhöht.

Begründung

Zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung im Sonderschulbereich ist eine weitere Aufstockung der Lehrerstellen dringend erforderlich und auch finanzierbar. Zur Finanzierung wird auf den Änderungsantrag Nr. 1 der CDU-Fraktion verwiesen.

Änderungsantrag Nr. 3

der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/164

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
Nachtragshaushaltsgesetz 1990

1. Die in den betroffenen Einzelplänen für Hilfen für Rechtspflege und Verwaltung der DDR zusätzlich veranschlagten Planstellen und Stellen sowie Sachmittel und darüber hinaus die bei Kapitel 02 020 - Titelgruppe 73 - Deutschlandprogramm der Landesregierung - veranschlagten Planstellen, Stellen, Sachmittel und Verpflichtungsermächtigungen werden innerhalb des Einzelplans 20 - Allgemeine Finanzverwaltung - in einem besonderen Kapitel zusammengefaßt.
2. In diesem neuen Kapitel werden
 - a) 25 zusätzliche Angestellten-Stellen der Vergütungsgruppe IVa/IVb für den Einsatz bei den Oberfinanzdirektionen und Finanzämtern sowie
 - b) 20 zusätzliche Dozenten-Stellen für den Einsatz bei der Fachhochschule für Finanzen und der Landesfinanzschule ausgebracht.Diese 45 Stellen erhalten den Vermerk "kw ab 31.12.1991".

Für diese 45 Stellen werden zusätzliche Personalausgaben in Höhe von 900 000 DM ausgebracht.

Begründung

Zu 1.:

Die Zusammenfassung aller Hilfen für Rechtspflege und Verwaltung der DDR in einem Kapitel ist zur Erhöhung der Transparenz erforderlich.

Zu 2. u. 3.:

Für die von der Steuerverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen zu betreuenden 25 Finanzämter in der DDR sind mindestens je Finanzamt 5 ständige Berater, also etwa 125 qualifizierte Steuerbeamte aus Nordrhein-Westfalen erforderlich. Über die 100 hierfür ausgebrachten Ersatzstellen müssen also 25 zusätzliche Stellen ausgebracht werden.

Wegen der zusätzlichen Schulungstätigkeiten der Dozenten in der DDR ist der Stellenbestand der Ausbildungsstätten um 20 Stellen vorübergehend zu erhöhen.